

Platz abbeck

Nr. 5, 23. Juni 2015

DIE LINKE.

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

DIE LINKE empfängt kurdischen Gesundheits- minister aus Kobanê

Nach dem Umzug in unsere neuen Räumlichkeiten im spanischen Bau am 6. Mai war dieser Empfang die erste Veranstaltung unserer Fraktion. Dr. Nassan Ahmad informierte uns über die aktuelle Lage in der völlig zerstörten Enklave Kobanê und stellte die Aktivitäten zum Wiederaufbau vor. Folgerichtig war das Thema Wiederaufbau das am intensivsten diskutierte Thema.

Aus Köln werden wir das Projekt "eine Schule für KOBANÊ" unterstützen. Auch ein Frauenhaus für Kobanê und mögliche Unterstützung durch die Stadt Köln wurde angeregt. Wir bekamen auf unsere Fragen ausführliche Antworten und führten ein sehr gutes Gespräch mit Dr. Ahmad.

Es gibt viel zu tun. Auch wir sind gefordert unseren Beitrag zu leisten. Die Aufbauhelfer in Kobanê bevorzugen Spenden. Hilfsgüter sind problematisch, weil es ziemlich schwer ist, diese an hilfebedürftige Menschen weiterzugeben. Eine Stadt, die eine völlige Zerstörung hinter sich hat, braucht die Hilfe aller! Packen wir an beim Wiederaufbau der Infrastruktur, der Wasserversorgung und der Bildungseinrichtungen!

Wer mit einer SPENDE dabei sein möchte, kann das über die Organisation „Kurdischer Halbmond“ oder die Initiative "kölner helfen" machen.

**Heyva Sor a Kurdistanê e. V.
(kurdischer Halbmond)**

Spendenkonto. Stichwort: Kobane - Wiederaufbau, Kreissparkasse Köln
Konto. Nr: 40 10 481

BLZ: 370 502 99

IBAN: DE 49 370 502 99 000 40 10 481

BIC/SWIFT: COKSDE33XXX

kölner helfen. Spendenkonto: Kinderhilfe Mesopotamien e.V.

Stichwort: kölnershelfen

Kölner Bank, Konto-Nr.: 544516019

BLZ: 37160087

IBAN: DE60371600870544516019

BIC: GENODED1CGN

Kölner Stadthaushalt: Kürzungslogik unterbrochen!

Die Fraktion DIE LINKE wird sich bei dieser Haushaltsabstimmung enthalten. Der Grund ist klar und einfach: Zum ersten Mal seit Jahren finden keine Kürzungen für freie Träger im Sozialbereich, bei der Gesundheitsprävention, bei Bildung und Jugend oder bei der Kultur statt! In einzelnen Bereichen, bei den Bürgerhäusern und bei der offenen Jugendarbeit, wird sogar leicht zugesetzt!

Die Proteste vor dem Rathaus und der Druck im Rat haben gewirkt!

DIE LINKE hat in den letzten Jahren stets einen mehr als gegenfinanzierten Veränderungsnachweis vorgelegt. In diesem Jahr zeigten SPD und Grüne sich zum ersten Mal aufgeschlossen.

Nachdem der Beschluss gefasst ist, will sich nun sogar die CDU mit der Rücknahme der Einschnitte schmücken - die Partei, der in den letzten Jahren die Kürzungen nie hart genug sein konnten!

Sie alle werden mit den nächsten Haushaltsberatungen die Gelegenheit be-

kommen zu zeigen: Ist mit ihnen eine wirkliche Trendwende in Köln möglich? Bauen sie mit uns das soziale Köln wieder auf? Oder kehren sie zur alten Kürzungsideologie zurück und beschimpfen die Demonstrierenden vor dem Rathaus weiterhin als Besitzstandswahrer?

Bei allem, was wir in diesen Verhandlungen erreichen konnten - die Rücknahme der Kürzungen, die Einrichtung eines Integrationsbudgets - mehr als eine Enthaltung ist nicht drin, denn:

Alle Kürzungen aus den letzten Jahren bleiben erhalten, und für die meisten Träger gibt es keinen Ausgleich für Tarifsteigerungen.

Um eine Wende hin zu einem sozialeren Köln einzuleiten, hatten wir SPD und Grüne in den Haushaltsgesprächen den Vorschlag gemacht, den Bezieherinnenkreis des Köln-Passes von 30 % auf 40 % über Hartz IV-Regelsatz zu erhöhen. Das haben sie abgelehnt.



Empfang des Gesundheitsministers Dr. Nassan Ahmad aus Kobanê durch die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln am 8. Mai 2015



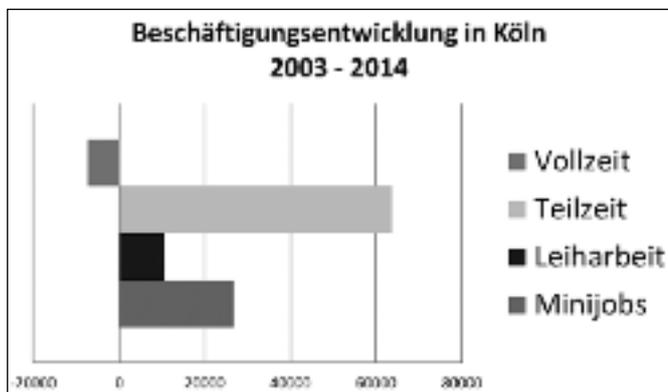
www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ Dieser Haushalt bleibt so - trotz der Verbesserungen, die wir erreichen konnten - ein rot-grüner Haushalt.

Die Gefahr eines Jamaika-Bündnisses oder einer Großen Koalition ist nicht gebannt. Die Kölner Wirtschaft und das Bürgertum wollen die Geschicke vollständig in der Hand haben und eine Privatisierungswelle starten. Die IHK fordert in ihrer Stellungnahme zum Kölner Stadthaushalt: „So könnte sicherlich zur Erschließung neuer finanziellen Ressourcen beim städtischen Vermögen eine Konzentration auf die Kernaufgaben oder die Ergänzung konventioneller Finanzierungsformen durch Beteiligung von privaten Dritten erfolgen.“

So wie der IHK die „Beteiligung privater Dritter“ vorschwebt - also zum Beispiel als ÖPP - bedeutet sie, dass die Allgemeinheit nicht nur die Sanierung der Kölner Brücken finanzieren muss, sondern zusätzlich auch noch die Gewinnansprüche von Investoren. Einen solchen Privatisierungskurs wollen wir verhindern!

Aber auch wir sind dafür, die privaten Dritten zu beteiligen, die für ihre Gewinne die Kölner Infrastruktur in Anspruch nehmen und die sie dabei besonders vernutzen. Wir wissen doch, dass Brücken nicht durch Radverkehr und auch nur wenig durch PKW geschädigt werden - es ist der Schwerlastverkehr. Wir stehen da unkonventionellen Finanzierungen offen gegenüber. Ansonsten ist das Mittel zu einer ge-



rechten Beteiligung der Kölner Wirtschaft, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen.

Rot-Grün möchte ihr Infrastrukturprogramm mit 6,1 Mio. Euro vollständig aus den Rückzahlungen der Bundesregierung für Maßnahmen aus dem Bildungs- und Teilhabepakt bezahlen. Diese Mittel sind aber für Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Einkommen gedacht. Schulbedarfspaket, Schul- und Kitamittagessen, Lernförderung, soziale und kulturelle Teilhabe und Klassenfahrten sind dabei - Straßenbau gehört nicht dazu!

In einem Erlass des Landes NRW wurde festgelegt, dass Mittel für Bildungs- und Teilhabe nicht übertragbar in den Allge-

Keine Erhöhung der Elternbeiträge für Kita und OGTS

Nach der vorliegenden Gebührentabelle zahlt eine alleinerziehende Mutter mit einem Jahresgehalt von 18 000 Euro - rund 1500 Euro brutto im Monat - für ihr unter zwei Jahre altes Kind in einer städtischen KiTa bei Vollzeitbetreuung den stolzen Preis von 68 Euro im Monat. Hinzu kommen noch 50 Euro für das Mittagessen. Diese Gebühr von monatlich 120 Euro wird aktuell nicht erhöht. Aber für ein begrenztes Gehalt ist das eine sehr hohe Summe: 120 Euro im Monat. Die Stadt verlangt hier den Beziehern kleiner Einkommen sehr viel ab.

Im höheren Bereich der Einkommensskala zahlen Beschäftigte mit einem vier-, fünf-, sechsmal höheren Einkommen demnächst eine höhere Gebühr: Eine Familie mit einem Jahresgehalt von 78 000 Euro und mehr zahlt monatlich bald 532 Euro für Vollzeitbetreuung, wer 100 000 Euro und mehr verdient, zahlt dann 638 Euro - und das Mittagessen. Das scheint sozial und gerecht zu sein - ist es aber nur auf

den ersten Blick. Bei genauer Betrachtung führen die Gebühren dazu, dass Eltern mit höherem Einkommen sich vermehrt aus öffentlichen Kindergärten verabschieden und ihre Kinder in private Einrichtungen schicken. Die soziale Aufteilung der Kinder im Bildungssystem schreitet dadurch voran. DIE LINKE aber möchte Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus zusammenbringen. Nur so können Kinder und Jugendliche gesellschaftliche Vielfalt kennenlernen und zu solidarisches Erwachsenen heranwachsen.

Wer Kitas als öffentliche Bildungseinrichtungen ernst nimmt, sollte deshalb, wie DIE LINKE dies tut, kostenfreie Bildung für alle fordern, von der KiTa bis zur Hochschule. Um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, hat DIE LINKE Köln übrigens praktikable Vorschläge gemacht. Mit neuen Betriebsprüfern, der Vermeidung externer Beauftragungen und einer moderaten Erhöhung der Gewerbesteuer auf Bonner Niveau könnte man leicht die 2,5 Millionen Gebührenerhöhung vermeiden und einiges mehr finanzieren.

Heiner Kockerbeck

meinen Haushalt sind. Die Beigeordnete Frau Reker hat dies in drei Mitteilungen ausdrücklich betont und bestätigt.

Dass die grüne Stadtkämmerin Klug jetzt eine andere Rechtsauffassung hat, wundert doch sehr. Die Vorlage von Frau Reker wurde in Anwesenheit von Frau Klug auf zwei Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses diskutiert.

Die 6,1 Mio. Euro muss die Verwaltung spätestens

im Haushaltsentwurf 2016 wieder dem städtischen Topf für Leistungen zu Bildung und Teilhabe gutschreiben. Das entlastet dann den Sozialhaushalt 2016.

Gute Arbeit, Bezahlbarer Wohnraum, Mehr Bildung, ÖPNV ausbauen und Einnahmen steigern. Das sind die Kernsätze linker Politik im nächsten Jahr. Gute Arbeit:

Wir werden dem Stellenplan zustimmen und freuen uns, dass mehr Personal eingestellt wird, dass die Befristungen gestoppt werden und dass unser Rufen nach Einhaltung der Ausbildungsquote endlich Gehör findet. Kritisch, weil wirkungslos sehen wir die Anstellung neuer Ordnungshelfer.

Bezahlbarer Wohnraum

DIE LINKE hat erreicht, dass 100.000 Euro für die schnelle Umsetzung der Milieuschutzsatzung im Haushalt enthalten sind. Außerdem müssen wir die Satzung für das kooperative Baulandmodell überarbeiten, damit sich Immobilienunternehmen nicht mit „hohen Kosten“ herausreden, und die GAG stärken.

Mehr Bildung

DIE LINKE konnte erreichen, dass Offene Ganztagsgrundschulen in Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf zusätzliche Mittel von 105.000 Euro für gruppenübergreifende Projekte erhalten. Damit können die Schulen eigenverantwortlich entscheiden, wie sie auf die besonderen Bedarfe vor Ort eingehen.

Die OGTS ist seit Jahren unterfinanziert. Dieses Jahr gibt es das erste Mal mindestens 600 Euro mehr pro Jahr und Gruppe, die hoffentlich an das Personal weitergegeben werden. Denn die Engpässe, gutes Personal zu bekommen, das auch bleibt, werden immer größer.

Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs

Wir wollen mehr Radverkehr in Köln und einen Ausbau des ÖPNV, am besten fahr-scheinlos. Wir wollen gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen an einer Verkehrswende arbeiten, um für die Anforderungen einer modernen Stadtgesellschaft in den nächsten 20 Jahren gerüstet zu sein.

Jörg Detjen



Gastkommentar

Die Eindrücke von Birlikte sind die einer Mammutveranstaltung mit über 80.000 Besuchern (der Andrang war so groß, dass zeitweise alle Zugänge geschlossen wurden) und einer großen Zahl von intensiven Veranstaltungen und Begegnungen.

Das waren die Großveranstaltungen zu Rassismus, zu Identitäten, zu Wertschätzung und Wertschöpfung und multikulturelle Potentiale, Asylnomologie und

Asyldialoge. Es gab die Heimatlieder und, als politischer und emotionaler Höhepunkt der Depotveranstaltungen, der Auftritt von Esther Bejerano und ihrem Sohn Joram mit der Microphone Mafia und den Hohnern.

Es gab auf den großen und den kleinen Bühnen umwerfende Musikerlebnisse (wobei der Verfasser seine Eindrücke allein beim Vorbeigehen und kurzen Verweilen gewonnen hat).

Kurz, niemand hatte eine Chance, mehr als 10 % der dargebotenen Veranstaltungen mitzubekommen und die meisten wird es geschmerzt haben, ganz bestimmte Veranstaltungen nicht erlebt zu haben oder erleben zu können.

Als Mitglied der „Initiative Keupstraße ist überall“, von der aber sicher nicht jeder meine obige Darstellung teilt, möchte ich noch auf einige Höhepunkte unseres Programms eingehen.

Da war der Auftakt im Depot 2: „Sprechen wir über Rassismus“. Dadurch, dass außer Rassismus- und rassistischem Terror-erfahrene Akteure aus Köln/Keupstraße auch solche aus Mölln, Dessau und Berlin dabei waren, wurde ein Eindruck rassistischer Erfahrungen aus einem historischen Zeitabschnitt vermittelt - dem nach

dem Mauerfall. Durch die unterschiedlichen Erlebnisse und ihre Verarbeitung wurden alle Pauschalisierungen und die Homogenisierung von rassistischen Opferbildern und -mythen ad absurdum geführt: Rassismuserfahrung trifft einen Menschen in seinem Innersten, und nach einer solchen Erfahrung reagiert ein Mensch wie nach einer Schussverletzung. Langfristige physische und psychische Verletzungen zu

lung treffen, berichteten über ihre Erfahrungen und diskriminierenden Erlebnisse - bis hin zu einem Gefängnisarrest wegen eines gefundenen, im Wert unterschätzten Ringes („wenn ich gewusst hätte, dass es Gold wäre, hätte ich ihn doch längst versetzt“).

Das war ein wertvoller Anfang eines notwendigen Dialogs in der Straße, der auch gezeigt hat, dass es nicht einfach ist,

ihn zu führen. Hier spielt eine große Rolle, dass die Erfahrungen

Birlikte: Über 100 Veranstaltungen – über 500 Akteure auf den Bühnen

erzeugen ist das Ziel von rassistischen Angriffen - wie das erklärte Ziel des NSU.

Und eins wurde klar: es bedarf einer beharrlichen Entwicklung antirassistischer Diskurse und Strategien um den hierzu notwendigen grundlegenden Wandel in der bundesdeutschen Öffentlichkeit herbeizuführen - und solche Veranstaltungen und die dort deutlich gewordene Vernetzung sind dazu wichtige Mittel.

Die Sensibilität gegenüber Rassismus zu erhöhen und davon Betroffenen uneingeschränkte Aufmerksamkeit zu geben, war auch das Ziel der meisten Veranstaltungen im „Stammlokal“ der Initiative, im Café Sabahci, in der Keupstraße 87: Auswirkungen des NSU-Prozesses, Möglichkeiten und Forderung an den NSU-Untersuchungsausschuss in NRW, Erfahrungen mit Theaterstücken zum NSU-Komplex: „V wie Verfassungsschutz“, „Die Lücke“ und „Schmerzliche Heimat“. Überall waren Akteure und von Rassismus Betroffene im Gespräch. Auch dort war sicher ein Höhepunkt die Veranstaltung zum Thema „Arbeitsmigration aus Bulgarien auf der Keupstraße“. Aus Bulgarien eingewanderte Arbeitsmigranten, die sich oft an der Kreuzung Keup-/Holweider Straße zur Vermitt-

der jetzigen Arbeitsmigranten nicht weit von denen vieler heutiger KeupstraßenbewohnerInnen vor 40 Jahren entfernt sind.

Die neun Sabahci-Veranstaltungen wurden um 13 Uhr eingeleitet von der Aufführung von Ausschnitten aus dem Stück „V wie Verfassungsschutz“, des Nö Theaters, und um 21 Uhr abgeschlossen durch einige tief berührenden Szenen aus dem Schauspiel „Schmerzliche Heimat“ nach dem Buch von Semiya Simsek, der Tochter des ersten Mordopfers des NSU, Enver Simsek, inszeniert vom „theater im hof“ aus Köln. Ein antirassistischer Veranstaltungsblock mit Esther Bejerano in der Mitte und eingerahmt von zwei Theaterstücken. Es hätte zu Birlikte keinen besseren Rahmen geben können.

Das ist ein persönlicher Stimmungsbericht - und ich habe großes Verständnis für die rassismuserfahrene Position: „Die, die uns tagtäglich diskriminieren, feiern hier mit uns - und diskriminieren uns am Montag wieder“.

Das ist richtig - und dass dieses Fest dazu beigetragen hat, dass sich das ändert, hoffentlich auch.

*Peter Bach
Initiative Keupstraße ist überall*

Frischemarkt Marsdorf: ÖPP- ... und tschüss

Fest steht: Der Neubau des Frischemarktes in Marsdorf findet nicht als ÖPP-Projekt statt. Der Stadt Köln und ihren Einwohner*innen bleibt damit ein Finanzierungsmodell erspart, bei dem sie die Risiken und ein mögliches Defizit zu tragen hätte, während sich ein Großinvestor über eine Renditegarantie für 30 Jahre freuen könnte...

Zu schwach waren die Argumente, mit denen die von Wirtschaftsdezernentin Berg unkritisch übernommene ‚Machbarkeitsstudie‘ der ÖPP-Deutschland-AG angebliche Kostenvorteile eines privaten Investors umschrieb. Zu offensichtlich war der Versuch von Teilen der Verwaltung, den Rat und seine Ausschüsse mit dem abenteuerlichen Finanzierungsmodell zu überrumpeln, das wegen eines angeblichen Zeitdrucks als alternativlos dargestellt wurde. Und zu offenkundig war, dass die von der ÖPP-Deutschland AG erstellte Machbarkeitsstudie eindeutig das Ziel verfolgte, der Stadt ein ÖPP-Projekt schmackhaft zu machen.

Sargnagel Nummer eins für die Privatisierung durch die Hintertür war, dass neben den kritischen Stimmen aus den Ratsfraktionen nicht nur der LINKEN auch die Handwerkskammer Köln öffentlich Stellung gegen das ÖPP-Modell bezog: Regionale Bauunternehmen würden bei der Vergabe an einen internationalen Baukonzern keine Aufträge bekommen, so der Kern Ihrer Kritik.

Das endgültige Aus für die ÖPP-Variante brachte wohl die Enthüllung von Helmut Frangenberg im Kölner Stadt-Anzeiger, dass drei der fünf in der Machbarkeitsstudie als potentielle Betreiber benannten Baukonzerne direkt an der ÖPP-Deutschland AG beteiligt sind und ein viertes Unternehmen indirekt über eine Bietergemeinschaft.

Noch am Tag nach der Veröffentlichung wurde die kurz zuvor für den 15. Juni angesetzte Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses abgesagt, weil klar wurde, dass es dort keine Mehrheit für ein ÖPP-Modell geben werde. DIE LINKE bewertete diesen Vorgang als persönliche Niederlage für die Wirtschaftsdezernentin Berg. Denn diese hatte sich innerhalb der Verwaltung für das gescheiterte Finanzierungsmodell eingesetzt, welches erst ein gutes halbes Jahr nach Fertigstellung der Studie in den Rat eingebracht worden war. Angesichts der 2020 auslaufenden Mietverträge im alten Großmarkt wächst durch die erneute Vertagung der Entscheidung der Zeitdruck. Doch die Verantwortung dafür tragen nicht die Gegnerinnen und Gegner des ÖPP-Modells.

Und alle Fragen offen?

Auch weil die Berechnungen aus der ominösen Machbarkeitsstudie behaupten, dass sich bei einer Abschreibung der Bau-

kosten in nur 30 Jahren trotz einer deutlich längeren Lebensdauer des Neubaus für die Stadt ein kalkulatorisches Defizit ergeben werde, wird es in Sachen Großmarkt vor der Sommerpause wohl keine Entscheidung geben. An den Beratungen zwischen den Fraktionen über eine Alternative im Interesse und Verantwortung der Stadt unter Berücksichtigung der Interessen der Marktnutzer wird sich DIE LINKE beteiligen.

Dabei steht für DIE LINKE Köln fest, dass Köln einen kommunalen Frischemarkt als Bestandteil der Daseinsvorsorge braucht, um die Versorgung unabhängiger Lebensmittelhändler zu sichern und diese gegenüber der Marktmacht der großen Handelsketten zu stärken. Deshalb hat sich DIE LINKE.Köln auch in ihrem Wahlprogramm für den Neubau in Marsdorf ausgesprochen.

Argumentationen, die die Fragen um die Finanzierung des Neubaus und die Kritik an der ÖPP-Variante nutzen, oder gar, wie es die SPD im Bezirk Lindenthal getan hat, die Notwendigkeit eines Frischemarkts insgesamt in Frage stellen, nur um so nach dem Sankt-Floriansprinzip die Standortfrage wieder zu eröffnen, sind dabei die Sache der Kölner LINKEN nicht, ebenso wenig wie Einschränkungen bei der Bürgerbeteiligung und Abstriche bei notwendigen Umweltstandards.

Wolfgang Lindweiler

LINKE FRAGEN: Alte und neue Erkenntnisse

Eine Anfrage der LINKEN im Wirtschaftsausschuss brachte ans Licht, dass die ÖPP-Deutschland AG zentrale Argumente verwendet, vor denen die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder bereits 2011 in einem ‚gemeinsamen Erfahrungsbericht‘ ausdrücklich gewarnt hatten, so z.B. das Argument vom Kostenvorteil der Privaten durch den sogenannten Lebenszyklusansatz.

Ende einer neoliberalen Märchenstunde

Auf die Frage, worin denn genau die Kostenvorteile eines privaten Betreibers z. B. bei den Sicherungsdiensten bestünden, antwortete die Verwaltung ernsthaft so: „Im Bereich der Sicherungs- und Überwachungsdienste wird er z.B. durch technische Optimierung sowie bessere Schnittstellen Effizienzen erzielen können. Videoüberwachungsanlagen und IT-gestützte Schließsysteme können unter Berücksichtigung der projektspezifischen Anforderungen des Nutzers dafür sorgen, dass Kosten gesenkt werden.“

Praktisch übersetzt hat sie diesen wohlklingende betriebswirtschaftlichen Neusprech dann so: „Wenn hierdurch die Anzahl von Streifengängen und Überwachungspunkten im Gebäude und auf dem Grundstück reduziert werden kann, fallen in der Folge geringere Personalkosten für Sicherheitsdienste an.“

Einen stichhaltigen Grund, warum die Stadt als Marktbetreiber nicht ebenfalls auf überflüssige Kontrollgänge verzichten kann, führt die Verwaltung in ihrer Antwort allerdings nicht an.

Neue Einsichten: Die Deckungslücke und die Lebenszeit

Wichtiger noch für die Diskussion ist allerdings die Aussage der Verwaltung zur jährlichen Deckungslücke als dem kalkulatorischen Defizit des Neubaus, das in der Studie in einer Größenordnung von jährlich mindestens 1,7 Millionen Euro beziffert wird. Der Betrieb des Großmarktes durch die Stadt würde hingegen ohne Berücksichtigung der Investition jährlich zwischen 1,9 und 2,9 Mio. Euro Überschuss einbringen. Das errechnete Defizit ergibt sich demnach nur dann, wenn der Neubau entsprechend der Dauer des geplanten ÖPP-Vertrages in 30 Jahren komplett refinanziert wird. Da nach den Richtlinien des ‚Neuen kommunalen Finanzmanagements‘ „massive Hallen und Industrieanlagen eine Abschreibungsdauer von 40-60 Jahren“ haben, verbleiben der Stadt nach 30 Jahren noch ein Restwert von 20/50 der Bausumme, also rund 28 Mio. Euro

Für die gegenüber den Vorgaben des NKF verkürzte Refinanzierungsdauer habe man sich deshalb entschieden, weil ÖPP-Verträge üblicherweise nicht länger als 30 Jahre laufen. Ob und in welchem Umfang diese Deckungslücke bei einer den eigenen Richtlinien – und nicht den Gepflogenheiten von ÖPP-Geschäften – entsprechenden längeren Abschreibungsfrist überhaupt auftritt, sagt die Verwaltung nicht.

Wolfgang Lindweiler

Aufwertung von Frauenberufen gut für Köln

Hintergrund der aktuellen Tarifauseinandersetzung in den Kindertagesstätten ist die Forderung nach Aufwertung der klassischen Frauenberufe im Sozial- und Erziehungsdienst. Die höhere Eingruppierung der Kitaerzieherinnen und -erzieher hätte auch für die Lösung typischer Probleme in Großstädten wie Köln positive Effekte.

Der demografische Wandel verlangt eine energische Bekämpfung von Altersarmut, die in der Regel Frauen in weitaus stärkerem Maße als Männer betrifft. Die Tarifstruktur stammt noch aus einer Zeit, in der – neben einer Geringschätzung weiblicher Arbeitskraft – das Modell des Familienernährers die Regel war. Dieses Modell hat bereits jetzt rapide an Bedeutung verloren. Heute leben in über der Hälfte aller Haushalte in Köln Alleinstehende, Tendenz steigend. Es wird mehr und mehr zur Regel, dass man im Alter nicht auf die Rente eines Lebenspartners zählen kann. Auch das führt dazu, dass Altersarmut überwiegend weiblich ist. Über 11.000 Frauen (60 % der Leistungsempfänger/-innen) beziehen in Köln Grundsicherung im Alter, mehr als 3.000 Frauen (über 68 % der Leistungsbeziehenden) leben in (Senioren-)Heimen und bekommen nur ein Taschengeld ausgezahlt. Die Dunkelziffer, also arme Frauen, die aus Scham oder Unwissenheit keine Leistungen beantragen, dürfte weit höher sein.

Heute ist es ein Gebot der Gleichberechtigung, auch überwiegend von Frauen ausgeübte Berufe so zu bezahlen, dass ein Einkommen auf Augenhöhe mit technischen Berufen erzielt wird. Nur dann kann aus einer lebenslangen Arbeitsleistung heraus auch eine auskömmliche Rente erzielt werden.

Heute sind die meisten Frauen zumindest in Teilzeit berufstätig. Gleichzeitig tragen sie immer noch die Hauptlast bei der Kindererziehung und im Haushalt. Dann werden sie auch noch bei der Wahl ihrer bevorzugten Berufe bestraft, weil wir diese schlechter bezahlen als typische Männerberufe. Es muss endlich Schluss sein mit dieser vielfachen Benachteiligung! Die kommunalen Arbeitgeber müssen Schrittmacher sein für eine echte Gleichberechtigung der Geschlechter, die auch über den

Geldbeutel geht!

Neben der längst überfälligen finanziellen Gleichstellung von Männern und Frauen ist die Höhergruppierung der Erzieherinnen und Erzieher auch wegen des Fachkräftemangels alternativlos.

Köln wächst, insbesondere die Gruppe der 18- bis 30-Jährigen, die potentielle Eltern sind. Kürzlich veröffentlichte die Stadt im „Pegel Köln“ neue Zahlen. 2014



sind 10.044 Personen dieser Altersgruppe mehr nach Köln zu- als fortgezogen. Die Zahl der 3- bis 6-Jährigen wuchs um 2,7 %, die der Unter-Dreijährigen sogar um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Auch hier zeigt die Wachstumskurve nach oben. Der Geburtenzuwachs geht dabei in Köln nicht allein von der gestiegenen Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter aus. Auch die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, wächst. Kamen 2010 noch 362 Geburten auf 10.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren, waren es 2014 bereits 411.

Dazu kommt, dass die jüngste Elternbefragung eine eindeutige Präferenz zugunsten der Betreuung in Kitas gegenüber Tageseltern ergeben hat. Bei 2- bis 3-Jährigen möchten 96 % der Eltern diese in einer Kita betreut wissen. In den nächsten Jahren müssen in der Stadt also noch weit mehr

Kitas gebaut werden als bisher geplant. Bis 2019/20 sollen 1.200 Plätze für Unter-Dreijährige entstehen. Die Elternbefragung hat aber einen Bedarf von 3.350 Plätzen ergeben, das entspricht ca. 170 Kita-Gruppen.

Mit dem U3-Ausbau hat die Kommune eine große Verantwortung für die frühkindliche Bildung und das gelungene Aufwachsen der jüngsten Kölnerinnen und Kölner übernommen. Dieser kann sie nur gerecht werden, wenn der Fachkräftemangel behoben wird und ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Doch die Zahl der Menschen, die eine Ausbildung als Erzieher/-in beginnt, stagniert. Eine attraktivere Bezahlung würde die Zahl der Bewerber/-innen schnell steigen lassen und außerdem mehr Männer für den Beruf interessieren. Das ist im Hinblick auf Rollenbilder äußerst wünschenswert, darüber sind sich alle Expert(inn)en einig.

Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive. Es müssen wesentlich mehr junge Menschen für den Beruf begeistert werden als bisher. Wichtiger als Information und Werbung dafür ist eine attraktive Bezahlung. Es kann auch nicht sein, dass die Stadt Düsseldorf mit einer um zwei Entgeltgruppen höheren Eingruppierung Erzieher/-innen abwirbt. Hier muss sich die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber bewegen, damit es keinen Dumpingwettbewerb um Fachkräfte zwischen den Kommunen nach deren Kassenlage gibt. Mit gut ausgestatteten Kitas, die Kinder früh fördern, werden wir auch die Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft gut bestehen können.

Kindererziehung ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Der Bund muss einen Teil seiner sprudelnden Steuereinnahmen dazu verwenden, eine vernünftige Kinderbetreuung samt adäquater Entlohnung der dort Beschäftigten sicher zu stellen. Das ist eine mindestens so wichtige Infrastrukturaufgabe wie die Sanierung des Straßennetzes. Es darf nicht sein, dass Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf allein gelassen werden. Ausstattung der Kita und Elternbeiträge sind im Moment von der Kassenlage der Kommunen abhängig. Hier gleiche Lebensverhältnisse herzustellen ist Sache des Landes.

*Dr. Carolin Butterwegge,
Jörg Detjen*

Aus den Ausschüssen

UMWELT UND GRÜN

Botanische Volksbildung muss kostenfrei bleiben!

Ein botanischer Garten ist eine (oft nach Herkunft der Pflanzen-Arten geordnete) Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und krautigen Pflanzen. Botanische Gärten stehen häufig unter der Verwaltung einer Universität oder Hochschule, da solche Sammlungen von Pflanzenarten als Basis für wissenschaftliche Arbeit genutzt werden können. Sie enthalten Anschauungsmaterial für das - auch informelle - Studium der Botanik!

Der Botanische Garten in Köln gehört der Stadt und ist als Volksbildungsstätte kostenlos zu besuchen. Die Anschauungsgewächshäuser mit ihrer kostbaren Pflanzensammlung von Nutzpflanzen aus aller Welt ebenso.

Der botanische Garten in Köln hat in seiner Geschichte schon mehrfach den Standort gewechselt und zog erst vor gut 100 Jahren nach Riehl. Was sich in den Jahrhunderten des öffentlichen botanischen Gartens nicht änderte, ist die minimale Finanzausstattung. Erstaunlich, was trotzdem alles dort geleistet wird. Immer werden über 10.000 Pflanzenarten im Freien und in den Gewächshäusern in ihrer Vielfalt und ihrer Bedeutung für den Gartenbau und die Gartengestaltung, für Technik, Ernährung, Medizin sowie für Bau- und Textilwesen gezeigt.

Die erste neuerrichtete Gewächshausgruppe im Deutschland der Nachkriegszeit entstand in den Jahren 1950 bis 1955 in der Nordwestecke des Kölner Gartens. Das Kleinen Tropenhaus (1950), das Kakteenhaus (1953) und das Großen Tropenhaus (1954/55) sind u-förmig angeordnet und erlauben den Besuchern einen Rundgang durch unterschiedliche Vegetationszonen des tropischen Regenwaldes und der Wüste.

Mittlerweile sind diese Gewächshäuser so stark gealtert, dass sie nicht zu sanieren sind. Ein Neubau würde je nach Ausfertigung zwischen 9 und 11,5 Millionen kosten. Diese Kosten will die Verwaltung über Eintrittsgelder wieder hereinholen. In den nächsten 80 Jahren müssen jährlich nur 40.000 Erwachsene zu 3 Euro und 20.000 Kinder zum Preis von 1 Euro die Gewächshäuser besuchen und man hat Einnahmen von 11,2 Millionen. Diesen Vorschlag lehnt DIE LINKE ab und beantragt, dass der Besuch der Gewächshäuser auch weiterhin kostenlos bleibt.

Durch Erhebung eines Eintrittsgeldes würden Menschen, welche in Ausbildung sind und teilweise auch aus diesem Grund in den Botanischen Garten gehen sollten, von einem oder mehrfachen Besuchen abgehalten. Ebenso blieben Menschen, die finan-

ziell knapper gestellt oder arm sind, vor der Tür. Wenn die Verwaltung von einem „moderaten Eintrittspreis“ spricht, verkennt sie, dass beispielsweise im 100 %-Regelsatz für SGB II monatlich lediglich 1,52 Euro für Bildung vorgesehen sind.

In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr den Bildungserfolg wie hierzulande. Bildung muss gebührenfrei sein. Dies gilt von der frühkindlichen Bildung über Schulen und Berufsausbildung bis zum Studium. Bildung ist ein öffentliches Gut, keine Ware. Sie muss öffentlich verantwortet und finanziert werden. Das gilt auch für die Bildungseinrichtung Botanischer Gärten mit seinen Gewächshäusern.

Gisela Stahlhofen

SOZIALES UND SENIOREN

Willkommen geht anders!

Für die mehr als 6.000 Flüchtlinge in Köln ist allein das Sozialamt in Kalk zuständig. Ohne Terminvereinbarung können die Menschen dort an vier Tagen in der Woche während jeweils vier Stunden vorsprechen. Wer auf seiner Flucht gerade in Köln angekommen ist, hat selbstverständlich keinen Termin. Auf Anfrage der LINKEN bestätigt das Sozialdezernat, dass täglich bis zu 600 Menschen vorsprechen und nicht sicher gestellt werden kann, „dass eine abschließende Bearbeitung der beantragten Leistung noch am selben Tag erfolgt.“

Wer aber mit nichts als der Kleidung, die er trägt, in Köln strandet, ist darauf angewiesen, dass ihm sofort geholfen wird. Zwar ist die Zahl der Sachbearbeiter*innen seit Beginn des Jahres um 10 erhöht worden, aber das reicht bei weitem nicht aus. Das vorhandene Personal kann die Arbeit bei bestem Willen nicht schaffen. Weitere Einstellungen müssen dringend erfolgen.

Es kann auch nicht, wie bei anderen Ämtern, eine Nummer gezogen und damit geregelt werden, in welcher Reihenfolge die Menschen dran kommen. Nach Angaben der Verwaltung ist das in Kalk nicht möglich, weil es weder eine Erstanlaufstelle noch Wartezonen gibt. So wird unter den Asylbewerbern eine Konkurrenz darum geschaffen, wer am dichtesten vor die Tür gelangt, hinter der geholfen wird. So entstehen Aggressionen.

Am Morgen des Dienstags nach Ostern, also nach vier Tagen, in denen weiterhin Flüchtlinge nach Köln kamen, aber alle Ämter geschlossen waren, wurden viele nach mehreren Stunden des Wartens auf überfüllten Fluren ohne Hilfe wieder weg geschickt. Die Wirklichkeit straft die Behauptung der Verwaltung, dass „jeder Person am selben Tag ein persönliches Gespräch bei

der Sachbearbeitung ermöglicht“ wird, Lügen. Es wird dringend zusätzliches Personal und der Umzug in geeignete Räumlichkeiten benötigt.

Klaus Roth

AUSSCHUSS FÜR ALLGEMEINE VERWALTUNG UND RECHTSFRAGEN

Deutliche Erhöhung der Ausbildungsquote angestrebt

Auf der Sitzung des Unterausschuss Stellenplan informierte die Verwaltung über die Planung der Personalsituation. Die Stadt will die Ausbildungsquote langfristig auf 7,2 % in 2018 anheben. Damit korrigiert sie den Irrweg der letzten Jahre.

Seit 2006 gilt eine 6 %-Ausbildungsquote in der Stadtverwaltung, d.h. 6 % aller Beschäftigten sollen Auszubildende sein. Diese Regelung geht auf einen Ratsantrag der LINKEN zurück. In den letzten Jahren wurde die beschlossene Quote immer wieder unterschritten.

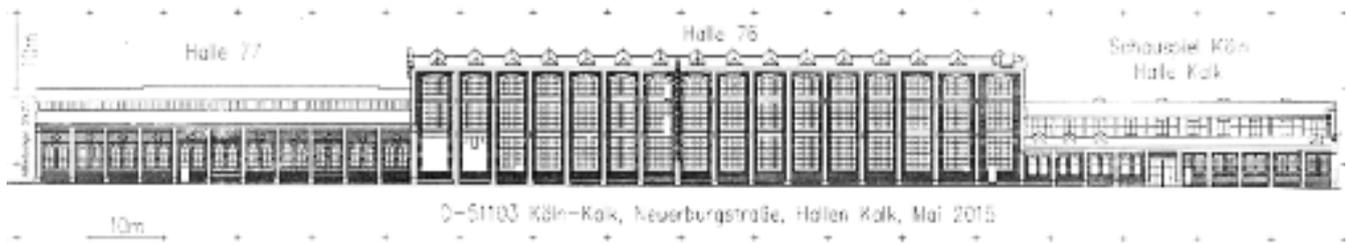
Die Verwaltung steht vor zwei großen Herausforderungen: Die Bevölkerung Kölns wächst bis 2040 um ein Fünftel, gewaltige 19,3 %. In der Verwaltungsmittteilung „Personalsituation 2015 Perspektiven“ heißt es: „Diese Entwicklung bedeutet für Köln eine große Herausforderung, in den nächsten Jahren die Voraussetzungen für zusätzlichen Wohnraum, Arbeitsplätze und die notwendige zusätzliche Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen zu schaffen.“ Dafür braucht es qualifiziertes Personal.

Außerdem steigen ab 2017 die altersbedingten Austritte aus der Stadtverwaltung spürbar. In den nächsten 10 Jahren steigen allein 50 % der Amtsleitungen und 40 % aller Führungskräfte aus.

Es ist gut, dass die Stadtverwaltung nun Wege gefunden hat, mehr junge Menschen auszubilden. 80 neue Ausbilder stellten sich zur Verfügung. Sie erhalten dafür einen kleinen Gehaltszuschlag. Das ist der richtige Weg. Junge Menschen neben seiner üblichen Arbeit anzuleiten, kostet Kraft und muss bezahlt werden.

Der Anteil an Migrantinnen und Migranten an den neu Eingestellten erreichte 2012 mit 34,5 % einen Höhepunkt. Danach sank er über 32,65 % auf 28,92 % in 2014. Diese bedauerliche Entwicklung muss gedreht werden. Noch kennen zu wenig Menschen mit Migrationshintergrund die Vorteile einer beruflichen Laufbahn im öffentlichen Dienst. Sicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Qualifizierungsmöglichkeiten machen die Stadt als Arbeitgeber attraktiv. Hiermit kann und sollte die Stadt werben. Sie kann dafür die Schnittstellen beim Übergang von der Schule zum Beruf sicher noch besser nutzen als bisher.

Güldane Tokyürek, Jörg Detjen



STADTENTWICKLUNG

Kurswechsel beim Deutzer Hafen

Derzeit wird in den Ratsgremien eine Vorlage diskutiert, die vorsieht, den Deutzer Hafen grundsätzlich anders zu nutzen als bisher. Die Hafennutzung soll aufgegeben werden. Es soll ein gemischtes Quartier mit Wohnungen und Arbeitsplätzen entstehen. Die Großmühle soll am Standort erhalten bleiben. Hier wurde vor wenigen Jahren kräftig in den Betrieb der Mühle investiert.

Partei und Linksfraktion hatten sich bis dato gegen die Umnutzung des Deutzer Hafens ausgesprochen. Wir hatten das Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Godorfer Hafens aktiv unterstützt und in dieser Kampagne den Erhalt des Deutzer Hafens gefordert. DIE LINKE wollte den Hafen als solchen erhalten und dort gewerbliche Arbeitsplätze sichern. Ebenso wurde der Erhalt aus verkehrlichen und ökologischen Aspekten gefordert. Denn die Fracht wird auf dem Rhein ökologischer transportiert als auf der Straße.

Seit dem Scheitern der Bürgerbefragung gegen den Ausbau des Godorfer Hafens hat sich die Lage grundsätzlich verändert. Zuvor hatten sich die Gewerkschaften, die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK), die Industrie- und Handelskammer und andere Organisationen für den Erhalt des Deutzer Hafens ausgesprochen. Diese Organisationen sprechen sich nun nicht mehr für den Erhalt des rechtsrheinischen Hafens aus. Mit der Möglichkeit der Hafenerweiterung in Godorf wird die Hafenkapazität in Deutz nicht mehr gebraucht. Andererseits werden in Köln dringend Flächen für den Wohnungsbau benötigt. Auf dem Hafensareal können künftig 4.500 Menschen eine Wohnung finden. Bis zu 5.000 Arbeitsplätze sollen entstehen. Eine Verweigerungshaltung der LINKEN gegenüber der Umnutzung würde nichts bewirken. Deswegen werden wir uns künftig kritisch mit der Umwidmung des Hafensareals befassen.

Folgende Positionen werden wir bei der Begleitung dieses Projektes einbringen: Es muss ein hoher Anteil an preiswerten Wohnungen gebaut werden. Die Stadt und ihre Unternehmen müssen selber einen hohen Anteil der Wohnungen bauen. Bei der Gewerbeansiedlung muss darauf geachtet werden, dass auch Arbeitsplätze für gering qualifizierte Menschen entste-

hen. Der Hochwasserschutz muss streng eingehalten und in enger Kooperation mit Stadtentwässerungsbetrieben und Bezirksregierung erfolgen. Es muss eine breit angelegte Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Die vormalige Hafennutzung soll in der neuen Architektur erkennbar bleiben. Es soll ein urbanes Viertel mit sozialer Infrastruktur entstehen. Die Einzelhandelsansiedlung muss gemäß dem Einzelhandelskonzept der Stadt erfolgen. Es muss Ansiedlungsmöglichkeiten für Künstler/innen und Kreativwirtschaft geben. Die zusätzlichen LKW-Fahrten, die aufgrund des wegfallenden rechtsrheinischen Hafens anfallen, müssen vernünftig geleitet werden. Es muss eine gute Verkehrsanbindung auch mit schienengebundenem ÖPNV gebaut werden. Und schließlich muss die Südbrücke barrierefrei ausgebaut werden, damit die beiden neuen Gebiete Deutzer Hafen und das Entwicklungsgebiet südliche Innenstadt (ESI) auch für Menschen mit Behinderung jeweils gut erreichbar sind.

Michael Weisenstein

KUNST UND KULTUR

Machbarkeitsstudie für Halle Kalk

Noch vor wenigen Wochen stand der Abriss der ehemaligen KHD-Hallen in Köln-Kalk fest. Mittlerweile stehen die nicht anfallenden Abrisskosten als Einsparung im Haushaltsentwurf. Was ist geschehen? Sind die Hallen jetzt gerettet?

Die zweite Frage lässt sich mit einem „vorübergehend“ beantworten. Die Antwort auf die erste Frage ist kurz: „viel!“

Im April fragten wir noch: „Wieviel Schutz bietet der Denkmalschutz?“ und bereits in der Mai-Ausgabe des Platzjabbeck konnten wir vermelden: „Abriss der Hallen in Kalk vorerst gestoppt“.

Mittlerweile steht die Einrichtung einer „dezernatsübergreifende Projektgruppe zum Erhalt der Kalker Hallen“ bevor. Doch das kommt nicht von ungefähr, denn auch Dezernenten, die eine Anweisung zum Abriss gaben, können offen für Argumente und Engagement sein - gerade, wenn sich Politik und Gesellschaft einig sind.

Seit Anfang an stellen DIE LINKE im Kulturausschuss und seinen Unterausschüssen und DIE LINKE in der BV Kalk in enger Absprache miteinander bohrende

Anfragen und Anträge zum Erhalt der Hallen. Auch bei den anderen Fraktionen ist die Einsicht (bei der Kalker CDU mittlerweile) vorhanden, dass die Hallen zu erhalten und zu nutzen seien. Engagierte Bürger schließen sich zu einer Bürgerinitiative zusammen und veranstalten Spaziergänge und Workshops, in denen sie Nutzungs- und Umsetzungsideen sammeln und diskutieren. Vereine wie das „Haus der Architektur Köln“ oder der „Rheinische Industriekultur e.V.“ organisieren Referate zu Erhaltungs- und Nachnutzungsmöglichkeiten.

Das alles führt dazu, dass sich die Beigeordnete Frau Laugwitz-Aulbach (Kunst und Kultur), Frau Berg (Wirtschaft und Liegenschaften) und Herrn Höing (Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr) unter Beteiligung des Stadtkonservators Dr. Werner zu einer Diskussion trafen und gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, dass sie eine Machbarkeitsstudie beauftragen und eine dezernatsübergreifende Projektgruppe bilden. Wir warten ohne Ungeduld auf die Ergebnisse.

HP Fischer

Willkommensinitiativen luden zu Fachgespräch

Parteiübergreifend war beim dem Fachgespräch mit Kölner Willkommensinitiativen am 01. Juli 2015 vor allem aufmerksames Zuhören angesagt, als rund 20 Aktive aus Kölner Willkommensinitiativen die Gelegenheit nutzten, Kölner Politiker*innen aus Bundestag, Landtag und dem Kölner Rat ihre Forderungen und vor allem die Probleme ihrer alltäglichen Arbeit bei der Hilfe für Geflüchtete in Köln darzustellen.

Im Vordergrund standen dabei die Fragen des Zugangs von Geflüchteten zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt. Denn auch in Köln werden die von diskriminierenden Gesetzen auf Bundesebene geschaffenen Probleme zusätzlich verschärft, weil es bei der Koordination und Information innerhalb der Verwaltung sowie mit Krankenkassen, Ärzte*innen und Job-Centern häufig hakt. Die Suche nach praktischen Lösungen, um vor Ort diese für die Aktiven zeitaufwendigen Probleme zu verringern, bestimmten das Gespräch.

*Wahlkreisbüro
Matthias W. Birkwald*

Parlamentswahlen 2015: HDP öffnet die Tür zum Wandel in der Türkei!

Am 7. Juni 2015 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt. 31 Parteien waren zugelassen. Seit dem Militärputsch 1980 gilt bis heute noch die undemokratische Wahlhürde von 10%. Diese hat die HDP (Demokratische Partei der Völker) geknackt!

Mit 13,16 % wird sie mit 80 Abgeordneten die Vielfalt der Türkei präsentieren. Ein guter Anfang für einen Politikwandel in der Türkei. Der Slogan der Wahlkämpfe der Oppositionsparteien war „Erdogan muss weg!“ Die HDP spielte dabei eine Schlüsselrolle. Nun ist die Tür der Hoffnung für Frieden und Gerechtigkeit geöffnet. Ein Politikwechsel ist möglich, aber harte Verhandlungen stehen bevor.

Der Wahlausgang am Wahlabend war für Erdogans AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) eine erdrutschartige Niederlage. Nach 13 Jahren Alleinherrschaft verlor die AKP die absolute Mehrheit, dank des Einzugs der HDP!

Sieger dieser Wahl ist zweifelsohne die HDP, die den Anspruch hat, Stimme aller in der Türkei verleugneten und diskriminierten gesellschaftlichen Gruppen zu sein. Sie ist eine Partei, in der sich neben prokurdischen AktivistInnen, linke und demokratische Parteien, feministische und Queer-Gruppen, sowie Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster religiöser und ethnischer Gruppen wiederfinden. Sie hat sich somit als eine Gesamttürkei-Partei

etabliert. Vor allem im Westen der Türkei hat sie viel Unterstützung bekommen. Mit ihrem Einzug (13,16 %) erschütterte die HDP die islamisch-konservative AKP und ihre Staatsdoktrin.

Die HDP wird in der kurdischen Region zur stärksten Partei. In Istanbul erringt sie 11 Abgeordnete, zuvor nur 2! Die AKP hat in kurdischen Städten herbe Niederlagen hinnehmen müssen. KurdInnen haben diesmal Erdogan eine Ohrfeige gegeben, stattdessen zu nahezu 90 % die HDP gewählt!

Hochrechnung (in %):

AKP: 40,9 % (258 Sitze)
CHP: 25 % (132 Sitze)
MHP: 16,3 % (80 Sitze)
HDP: 13,16 % (80 Sitze)

Die Wahlbeteiligung von 85 % (53,7 Millionen) war hoch. Auch in Europa konnten zum ersten Mal die Menschen aus der Türkei von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Von den 1,4 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland gaben gut 480.000



Das Wahlergebnis feiern (v.l.): Jörg Detjen (LINKE), Berivan Aymaz (Grüne), Hamide Akbayir (LINKE)

ihre Stimme ab.

Interessant auch das Wahlergebnis der Kölner Partnerstadt Istanbul:

AKP: 40,9% (39 Sitze)
CHP: 12,43% (28 Sitze)
HDP: 12,43% (11 Sitze)
MHP: 11,07 (10 Sitze)

In Köln leben 128.250 Menschen, die bei den Wahlen in der Türkei wahlberechtigt sind. Die Wahlbeteiligung in Köln lag mit 49.436 abgegebenen Stimmen bei 38,55 %.

Hamide Akbayir

Mieten stoppen! Veranstaltung der LINKEN

Moderiert vom Kölner Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald diskutierten am 2. Juni im Bürgerzentrum Ehrenfeld Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kölner Rat, Caren Lay, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Jürgen Becher, Geschäftsführer des Kölner Mietervereins und Kalle Gerigk von der Initiative ‚Recht auf Stadt‘ mit einem engagierten Publikum über Anforderungen an eine wirksame Politik für bezahlbaren Wohnraum in Köln.

Die im Frühjahr beschlossene sogenannte ‚Mietpreisbremse‘ der Bundesregierung bringt dafür viel zu wenig, auch wenn die Landesregierung in NRW sie zum 1. Juli in Kraft setzen wird. Sie begrenzt den Mietanstieg bei Neuvermietungen auf einen Wert von 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Neubauten und sanierte Wohnungen bleiben aber grundsätzlich ausgenommen. Wie DIE LINKE kritisierte auch Jürgen Becher vom Kölner Mieterverein neben diesen Ausnahmen auch die Berechnung der ortsüblichen Ver-

gleichsmiete: Denn dabei zählen nur die in den letzten vier Jahren erhöhten Mieten; die deutlich niedrigeren Bestandsmieten hingegen nicht.

Kalle Gerigk von der Initiative Recht auf Stadt betonte seine positiven Erfahrungen mit dem Zusammenwirken unterschiedlicher Politikansätze in der Kampagne ‚Alle für Kalle‘, die Bedeutung praktischer Solidarität und die Forderung der Initiative nach einer ‚Kommunalen Wohnungsoffensive‘ in Köln. Dass die Auseinandersetzungen ums Wohnen in Köln massiv zunehmen, bestätigte auch Jürgen Becher mit einem eindrucksvollen Bericht über die jährlich gut 40.000 Rechtsberatungen (bei stark steigender Tendenz) des Kölner Mietervereins.

Aus dem Rat berichtete Jörg Detjen, dass er weiter auf die Umsetzung der im



Grundsatz auf Initiative der LINKEN bereits beschlossenen Einführung von Mieterschutzsätzen drängen wird. Diese soll in ausgewählten Stadtteilen vor Luxusmodernisierungen und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen schützen. Nach der Sommerpause hat die Verwaltung konkrete Vorschläge dafür angekündigt. Weiterhin warnte er vor der Aushöhlung des in Köln geltenden ‚kooperativen Baulandmodells‘ durch ausufernde Ausnahmeregelungen nach dem Muster der ‚Deutschen Welle‘.

Wolfgang Lindweiler

Erster Schritt in der politischen Diskussion zum fahrscheinlosen ÖPNV in Köln

Podiumsdiskussion mit Vertretern von LINKEN, Piraten, Jusos und KVB

„Zukunft des Kölner ÖPNV: Gemeinsam und fahrscheinlos?“ Diese Frage diskutierten am 8. Juni im Spanischen Bau auf Einladung der Fraktion DIE LINKE und der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln Oliver Bayer, Vorsitzender der Enquetekommission zum ÖPNV im Landtag NRW, Peter Hofmann, Finanzvorstand der KVB, Marcel Hagedorn, Vorsitzender der Kölner Jusos, Michael Weisenstein, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion der LINKEN im Rat und Thomas Hegenbarth, Sprecher der Piratengruppe im Rat.

In Anwesenheit der verkehrspolitischen Sprecher/in der Fraktionen von SPD und Grünen im Rat entspann sich unter reger Beteiligung des Publikums eine erste öffentliche Diskussion zu diesem Thema über Parteigrenzen hinweg.

Dabei machten sich alle drei auf dem Podium vertretenen politischen Organisationen für die Idee des fahrscheinlosen, umlagefinanzierten ÖPNV stark und betonten jeweils unterschiedliche positive Aspekte dieses Konzepts: dessen Beitrag zu einer soliden, planbaren Finanzierung des ÖPNV, die Gewinnung von mehr Fahrgästen, die damit einhergehende Möglichkeit, den PKW-Verkehr in der Stadt zu reduzieren, mehr Raum für Radfahrer und Fußgänger zu gewinnen, durch die Reduzierung des fließenden und ruhenden Verkehrs die Lebensqualität zu erhöhen, die Umweltbelastungen zu reduzieren, sowie die Chance, durch eine soziale Staffelung der Beiträge Mobilität für alle zu garantieren. Auch Peter Hofmann von der KVB betonte, dass eine „stetige Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in Köln erforderlich ist und der umlagefinanzierte ÖPNV einen Beitrag dazu leisten kann“. Michael Weisenstein von der Partei DIE LINKE wies zudem darauf hin, dass im Rahmen dieses Modells neben den EinwohnerInnen, welche eine monatliche Umlage in noch konkret zu berechnender Höhe zu zahlen hätten, alle, die vom gut ausgebauten ÖPNV in Köln profitierten, auch zu seiner Finanzierung herangezogen werden sollten, so z.B. Arbeitgeber, der Handel und auch Wohnungsbau-Investoren.

Es gab zudem mehrere Vorschläge vom Podium, wie der Gedanke des fahrscheinlosen ÖPNV noch stärker (laut einer Umfrage im Auftrag vom Stadtanzeiger und EX-PRESS hatten bereits zur Kommunalwahl im Mai 2014 knapp 52 % der im Rahmen einer repräsentativen Umfrage Befragten die Einführung dieses Modells befürwortet) in der Bevölkerung verankert werden könnte: Oliver Bayer von den Piraten schlug ein kos-

tenloses „Neubürgerticket“ über mehrere Monate für alle neu hinzugezogenen Immis vor, Michael Weisenstein von der LINKEN forderte z.B. eine kostenlose Benutzung des ÖPNV an ausgesuchten besonderen Tagen, indem die Stadt die draus resultierenden Verluste der KVB erstatte.

Unterschiedlich wurde die Frage der Umsetzbarkeit des Konzepts auf dem Podium diskutiert. Der Finanzvorstand der KVB, Peter Hofmann, stufte die Idee als „charmant, aber nur schwer umsetzbar“ ein. Zur Begründung führte er aus, dass die KVB schon jetzt auf einigen Strecken Kapazitätsprobleme habe und er nicht sähe, wie den mit der Einführung des umlagefinanzierten ÖPNV erhofften zusätzlichen Fahrgästen auch ein zufriedenstellendes ÖPNV-Angebot gemacht werden könne. Schon jetzt habe die KVB einen Investitionsbedarf von 1,5 Mrd. Euro, davon alleine 1,1 Mrd. für die Erhaltung vorhandener Anlagen, bis zum Jahre 2025 errechnet. Darüber hinaus sei ungeklärt, wie ein solches System in den VRS-Verbund integriert und mit der Deutschen Bahn abgestimmt werden könnte und wie z.B. mit Touristen verfahren werden solle, welche die Stadt besuchen. Mit dieser Haltung traf er bei den übrigen Podiumsteilnehmern auf Unverständnis: Im Hinblick auf Touristen wurde darauf verwiesen, dass andere Städte dies durch eine Sonderabgabe der Touristen in Form z.B. einer Kur-Taxe lösen. Die Integration in den VRS-Verbund und Absprache mit anderen Nahverkehrsanbietern in Köln sei auch vor 15 Jahren als wesentliches Argument gegen den Köln-Pass ins Feld geführt worden, letztendlich sei diese Frage jedoch bei diesem Sondertarif ebenso gelöst worden, wie sie -

den politischen Willen vorausgesetzt - beim umlagefinanzierten ÖPNV zu lösen sei. Alle Vertreter politischer Organisationen auf dem Podium teilten ausdrücklich die Ansicht Herrn Hofmanns, dass im Falle einer ÖPNV-Flatrate-Pauschale für alle BürgerInnen dann auch allen BürgerInnen die tatsächliche Möglichkeit eingeräumt werden muss, den ÖPNV in Köln auch tatsächlich zu nutzen, so dass die Kapazitäten dem zu erwartenden Bedarf angepasst werden müssen. Alle vier politischen Vertreter forderten jedoch, unterstützt von zahlreichen Wortmeldungen aus dem Publikum, auch diese Frage konkret anzugehen, d.h. die Diskussion darüber zu führen, welche Maßnahmen dafür notwendig sind, welche Kosten dadurch entstehen und welche Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, anstatt hinter diesen berechtigten Fragestellungen das Projekt des fahrscheinlosen ÖPNV als schöne, aber unrealistische Utopie faktisch zu begraben. „Köln muss als Metropole mit diesem interessanten Projekt vorangehen“ so Marcel Hagedorn von den Jusos. Michael Weisenstein von den LINKEN betonte, dass alle Kräfte links von der CDU gefordert seien, dieses Projekt konkret voranzutreiben und dabei auch Bündnispartner vom Einzelhandel bis zu den Taxifahrern zu suchen. Thomas Hegenbarth von den Piraten forderte eine Machbarkeitsstudie für die Umsetzung dieses Modells in Köln.

Somit war deutlich, dass sowohl Jusos, als auch Piraten und LINKE gewillt sind, an diesem Projekt konkret politisch weiterzuarbeiten. Als Kristallisationspunkt für eine breite politische Bewegung dürfte dies allemal ausreichen.

Dietmar Aigner



*Das anyway ist ein Jugendzentrum für schwule, lesbische, bisexuelle und trans-Jugendliche. Vielen jungen Menschen gibt es Rückhalt, erleichtert ihnen ihr Coming-Out und begleitet sie im wichtigen Prozess der Selbstfindung und -behauptung. Jetzt droht ihr Jugendzentrum aus allen Nähten zu platzen. Deshalb überbrachte eine Abordnung aus Besucher*innen der Fraktion eine Resolution, in der sie die barrierefreie Erweiterung fordern.*

TERMINE

Sa., 27. Juni

Olivenbaumfest. mit Musik, Getränken u. Falafel, VA: Städtepartnerschaftsverein Köln-Bethlehem. Ort: *Flora & Botanischer Garten, Amsterdamer Str. 34, 15 bis 18 Uhr.*

Do., 25. Juni

"Arbeitsplätze oder Klimaschutz"? Der Klimawandel ist einer von vielen Krisenmomenten dieses Wirtschaftssystems und war schon immer ein soziales und ökologisches Problem. Um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern, müssen mindestens 80% der bekannten fossilen Energiereserven im Boden bleiben – was zu massiven Verlusten bei Energiekonzernen führen würde, die bereits in deren Abbau investiert haben. Doch daran führt kein Weg vorbei, denn die überfüllten Flüchtlingsboote, die heute in den Weltmeeren herumtreiben, sind nur eine leise Vorahnung davon, wie durch Klimawandel und Ressourcenmangel Menschen ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Der Klimawandel verschärft jene sozialen Konfliktherde, auf die wir unsere emanzipatorischen Kämpfe beziehen. Er unterstreicht damit die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung, für die wir seit langem streiten.

Mit dieser Veranstaltungsreihe wollen wir Verbindungslinien zwischen Klima, Armut, Krieg und Flucht aufzeigen und dabei feministische Positionen mitdenken. Wir wollen über Gegenentwürfe zwischen Degrowth und Ökosozialismus diskutieren, konkrete Widerstandsperspektiven aufzeigen und Strategien entwickeln, diese umzusetzen, ohne dabei auszubrennen.

Die Reihe wird organisiert von der internationalen sozialistischen linken (isl) und von der Interventionistischen Linke (IL). Die Veranstaltung wird

mitgetragen von der Bezirksgruppe Kalk der Naturfreunde. *Alten Feuerwache, ProjektstraÙe, 19 Uhr.*

Fr., 26. Juni

Alpinismus, Naturfreunde und Widerstand 1933 bis 1945. Referent: Martin Krauß

(Autor des Buches "Der Träger war immer schon vorher da. Die Geschichte des Wanderns und Bergsteigens in den Alpen").

Auszüge aus einem Artikel von Martin Krauß zum Thema: „In Deutschland waren die „Naturfreunde“, die Wander- und Bergsteigerorganisation der Arbeiterbewegung, kurz nach der Machtergreifung der Nazis 1933 verboten worden. Doch ab 1933 organisierten Bergsteiger illegal einen Hilfsdienst, der bedrohte Menschen über Bergwege von Deutschland nach Österreich führte. [...]

In Sachsen, im Elbsandsteingebirge südlich von Dresden, war der antifaschistische Widerstand von Bergsteigern am stärksten. Bislang sind 600 sächsische Wanderer, Kletterer und Bergsteiger, Touristen, „Naturfreunde“, Mitglieder der „Naturfreunde“-Opposition, aber auch des Sächsischen Bergsteigerbundes und des DÖAV bekannt, die mit dem NS-Regime in Konflikt gerieten, die verfolgt, inhaftiert, verurteilt oder hingerichtet wurden. [...]

Die Berge boten auch einen Rückzugsort für Deserteure. [...]

In die Chronik der Fluchten ins und übers Gebirge gehört auch der Name Sepp Plieseis. Dem österreichischen Kommunisten gelang im Oktober 1943 die Flucht aus einem Nebenlager des KZ Dachau in Hallein. Er versteckte sich in den Bergen, wo er bald zu der aus über 500 Partisanen bestehenden Gruppe „Willy“ (später Gruppe „Fred“) gehörte, die bewaffneten Widerstand organisierte und Gefan-

Kooperationsveranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Freitag, 26. Juni, Schauspiel Köln im Depot 2, Köln, Schanzenstraße 6-20, 51063 Köln

NSU-Terror, Staat und Aufklärung

Eine Diskussionsveranstaltung zur Bedeutung des NSU-Komplexes aus einer türkischen Perspektive

In der Türkei gibt es eine lange Erfahrungen mit Verbrechen rechter Täter_innen, die mit staatlicher Billigung oder Unterstützung agierten. Diese staatliche Verstrickung und der gesellschaftliche Umgang mit Formen des „tiefen Staates“ sind der Hintergrund, vor dem sich eine Expert_innen-Delegation aus der Türkei auf die Reise nach Deutschland begibt. Tanil Bora, Yasemin İnceođlu und İsmail Saymaz werden in München den NSU-Prozess beobachten. An drei Abenden werden sie in München (24.6.), **Köln (26.6.)** und Berlin (27.6.) über ihre Wahrnehmungen berichten und einen Bezug zu ihren Erfahrungen mit rechtsterroristischen Verbrechen in der Türkei, deren staatlicher Deckung und dem gesellschaftlichen Umgang herstellen.

Alle drei Referent_innen haben in der Türkei auf ihrem Gebiet aus einer gesellschaftskritischen Perspektive an den Auseinandersetzungen über Hassverbrechen, den "Tiefen Staat" und (neo-)faschistische Formierungen teilgenommen und werden die hiesige Zivilgesellschaft an ihren Erfahrungen teilhaben lassen.

■ Tanil Bora, Journalist und Autor, Mitherausgeber bzw. Chefredakteur der politisch-theoretischen Zeitschriften „Birikim“ und „Toplum ve Bilim“, er hat u.a. zu Entwicklungen des türkischen Nationalismus geforscht und veröffentlicht.

■ Yasemin İnceođlu, Istanbul, Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Galatasary Universität, sie hat sich u.a. wissenschaftlich mit „Hate Crimes“ in der Türkei beschäftigt.

■ İsmail Saymaz Istanbul, investigativer Journalist und Autor, der zu politischen Verbrechen und Strafverfahren in der Türkei recherchiert und veröffentlicht hat.

Die Veranstaltung wird simultan deutsch/türkisch gedolmetscht.

gene befreite. Nach dem Sieg der Alliierten war es Plieseis' Gruppe, die für die Verhaftung des NS-VerbrechERS Ernst Kaltenbrunner sorgte. Auch der hatte sich in einer abgelegenen Alm versteckt.“ (Erschienen in Jungle World 12/12013)

Eine Veranstaltung der NaturfreundInnen-Bezirksgruppe Kalk. *19 Uhr, Ort: Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103 Köln.*

Mo., 29. Juni

Bürger treffen Forscher. WissenschaftlerInnen über Aspekte der Stadtentwicklung: Mobilität, Vernetzung, Energie, Klima, neue Wohnformen u.m. in der Mitmach-

ausstellung „Zukunftsstadt“, Infos: ms-wissenschaft.de, Dauer d. Ausstellung: 27. bis 30.6. Ort: MS Wissenschaft, Deutzer Werft, oberhalb der Severinsbrücke, 17:00 - 19:00 Uhr

Do., 2. Juli

Stammtisch: Netzwerk für gemeinschaftliches Bauen & Wohnen. Austausch von Ideen, Informationen, Erfahrungen u. Finden von Wohnfreunden, Info: hda-koeln.de/baugemeinschaften, Eintritt frei. Ort: *Haus der Architektur, Kubus, 19 Uhr*

Fr., 3. bis So., 5. Juli

CSD in Köln. Siehe laufende Veröffentlichungen

Wanderung auf dem Natursteig Sieg

Sonntag, 19. Juli; 10:20 Uhr
Treff: Bf. Köln/Messe-Deutz,
Eingang Ottoplatz

Der Natursteig Sieg ist ein relativ neuer Qualitätswanderweg, der sich weitgehend entlang der Sieg von Siegburg bis nach Hamm schlängelt. Von Köln aus bestens mit dem ÖPNV zu erreichen, hat er pfadähnliche Passagen, schöne Aussichten und auch einige durchaus knackige An- und Abstiege in seinem Repertoire. Die Strecke von Merthen nach Blankenberg ist eine eher kurze Etappe (12 km), für die wir uns ausreichend Zeit nehmen können.

Wir empfehlen feste Schuhe und ausreichend Getränk dabei zu haben. Zum Ausklang der Wanderung haben wir die Möglichkeit zur Einkehr in ein Lokal inmitten der mittelalterlichen Kulisse von Blankenberg.

Fahrtkosten: VRS-Tickets der Preisstufe 4 für Hin- und Rückfahrt je 7,70 Euro bzw. VRS-Jobticket. Sonst entstehen außer für die eigene Verpflegung keine weiteren Kosten.

Anmeldung: Elisabeth Lange / Uwe Haß
(hass.lange@gmx.de)

Radtour durch das Braunkohlerevier Garzweiler mit Abstecher nach Schloss Dyck

Sonntag, 23. August; 10:00 Uhr
Treff: Bf. Köln/Messe-Deutz,
Eingang Ottoplatz

Wir fahren mit dem Zug bis Bedburg. Von dort radeln wir vorbei an einem Wasserschloss zum Aussichtspunkt in der Nähe von Jackerath und erleben Industriekultur live. Wir sehen uns das verlassene Dorf Immenrath mit seinem Immenrather Dom an, das dem Tagebau weichen musste. Weiter geht es durch das Braunkohlegebiet, vorbei am verlassenen Borschemich bis an das nördliche Ende von Garzweiler.

Dann fahren wir zum Schloss Dyck und sehen uns dort wahlweise die Gartenkultur oder die Gastkultur und beides an. Wenn wir genug von der gediegenen Romantik haben, radeln wir zur Bahnstation nach Jüchen und fahren zurück nach Köln.

Die Tour ist auf ca. 30 km angelegt und hat kaum Steigungen.

Regen ist nicht vorgesehen.

Fahrtkosten: VRS-Tickets der Preisstufe 4 für Hin- und Rückfahrt je 7,70 Euro + 2,80 Euro (Fahrrad) bzw. VRS-Jobticket. Sonst entstehen außer für die eigene Verpflegung keine weiteren Kosten.

Die Rückkehr ist für 17:40 Uhr geplant.

Anmeldung: Astrid Kraus (astrid.kraus@gmx.de)

So., 5. Juli
Siegen für den Führer. Der Kölner Sport in der NS-Zeit, Führung in der Ausstellung.
Ort: NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, 14 Uhr.

Mo., 6. Juli
Alltagsmobilität. Bis ins hohe Alter mobil, Vortrag von Prof. Dr. Wiebren Zijlstra (SpoHo), Reihe WIR Wissenschaft im Rathaus. Ort: Ratssaal, Rathaus, Spanischer Bau, 17 Uhr.

Sa., 11. Juli
Kölner Lichter. Bühnenprogramm: 20:15h: Brings u. Gäste, 21:15h: Städte-Achter-Rennen, 21:50h: Start des Schiffskonvois in Porz, 22:25h: Lichter an, die Schiffe kommen! 23:30h: Internationales musiksynchrones Höhenfeuerwerk, Open Air, Eintritt frei. Ort: Tanzbrunnen.

Mo., 13. Juli
Initiative Recht auf Stadt - Köln. „Offener Treff“ oder

Versamlungsraum. Ort: Alte Feuerwache, 19 Uhr

Fr., 17. Juli
MitAfrika-Festival. Live-Auftritte afrikanischer Künstler, Markt, Workshops, Kunsthandwerk, Kulinarisches, Open Air, Eintritt frei. Ort: Schokoladenmuseum, 13 Uhr

Sa., 18. Juli
Das Kölner Menschenrechtsfestival geht in die dritte Runde! Dieses Mal möchten wir noch länger mit euch feiern, essen, tanzen, reden, diskutieren und lachen! Wir starten um 14.00 Uhr auf dem Gelände des Quäker-Nachbarschaftsheim und enden nicht um 22.00 Uhr, nachdem die letzten Töne der Live-Musik verklungen sind, sondern machen im Anschluss innerhalb des Hauses mit der legendären Allerweltparty mit Pangea Kollektiv und Gästen weiter. 14 Uhr, Grüngürtel Ehrenfeld, Kreuzstr. 5-9

Do., 23. Juli
Care Extrativismus. Ausbeutung natürlicher Ressourcen in der Haus- & Pflegearbeit, Referentin: Friederike Habermann. Autonomes Zentrum, 19 Uhr.

So., 26. Juli
Das Jüdische Köln. „Sichtbares und Verborgenes“, Exkursion vom ehem. Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehem. Hauptsynagoge in der Glockengasse, Anm. Museumsdienst, Treffpunkt: EL-DE Haus, 15 bis 16.30 Uhr.

Mo., 27. Juli
Initiative Recht auf Stadt - Köln. „Offener Treff“ oder Versamlungsraum. Ort: Alte Feuerwache, 19 Uhr.

Do., 30. Juli
Die erneute Militarisierung der regionalen Migrationspolitik. „Von Kinderflüchtlingen an der US-Grenze zum Plan: Südgrenze Mexiko“, Vortrag u. Diskussion mit Kathrin Zeiske (Journalistin, Aktivistin), VA:

menschenrechte-koeln.de, Eintritt: zahl, was es dir wert ist. Ort: Allerweltshaus, 19 Uhr.

TERMINE DER FRAKTION

AK Umwelt
Mi, 12.8., 16.30 - 18 Uhr

AK Soziales
Do, 13.8., 18 Uhr

AK Kunst und Kultur
Do, 13.8., 18.30 - 20.30 Uhr

AK Jugend und Schule
Do, 13.8., 20 - 22 Uhr

AK Integration
Do, 20.8., 18 Uhr

AK StEA
Do, 20.8., 18.30 - 20.30 Uhr

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 30.8.2015

Platzj^{ab}beck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj^{ab}beck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

100 Jahre Völkermord an den Armeniern

Am 16. Mai fand an der Universität zu Köln eine Gedenkfeier anlässlich des einhundertsten Jahrestages des Völkermordes an den Armeniern statt. Der höchste Repräsentant der Stadt, Oberbürgermeister Jürgen Roters, eröffnete die Veranstaltung. Der LINKE Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald und Ziya Pir, Kandidat der HDP zur Parlamentswahlen in der Türkei bereicherten durch ihre Reden die Veranstaltung. Ein wissenschaftlicher Beitrag erfolgte von Prof. M. Dabag von der Uni Bochum (Diaspora- und Genozidforschung). Mit der SPD, der CDU, den Grünen, DIE LINKE und der FDP waren alle demokratischen Fraktionen aus dem Kölner Rat vertreten. Veranstaltet wurde die Gedenkfeier von den sechs Diasporaverbänden: Zentralrat der Armenier in Deutschland; dem Zentralrat der Assyrisch/Aramäischen Vereinigung; den Pontus-Griechen Europa; der Demokratischen Aleviten Förderung; der Ezdische Förderung Deutschlands und dem Kurdischen Demokratische Gesellschaftszentrum Deutschlands (NAV-DEM).

Für die Linksfraktion redete Hamide Akbayir. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus ihrer Rede.

Vor 100 Jahren, am 24. April 1915 geschah ein unvorstellbares Verbrechen, die Katastrophe, ein Genozid. Bis 1917 fielen dem Völkermord mehr als 1,5 Mio. Armenier, Assyrer und Aramäer zum Opfer. 100 Jahre Leid, 100 Jahre Schmerz und 100 Jahre Suche nach der Gerechtigkeit!

Wir sehen uns in der Pflicht, am 100. Jahrestag den langjährigen Schmerz und die Trauer unserer Schwestern und Brüder zu teilen. Aber wir sehen uns auch in der Pflicht, sie in unermüdlichen Kampf um Gerechtigkeit zu unterstützen und uns zu solidarisieren.

Es gab viele Grausamkeiten in der Geschichte des osmanischen Reichs. Die Un-

terdrückungs- und Diskriminierungspolitik gegenüber Minderheiten gehen auch in der heutigen Türkei weiter. Täglich erfahren wir Nachrichten über das brutale Vorgehen der heutigen AKP-Regierung gegen die Andersdenkenden und Andersgläubigen.

An dieser Stelle möchte ich an einen feigen Mordanschlag erinnern: 2007 wurde der armenische Journalist Hrant Dink, der sich vehement für den Frieden und Geschwisterlichkeit der Völker in der Türkei einsetzte, brutal ermordet. Sein Traum war die Versöhnung von Türken und Armeniern. Heute sollten wir deshalb auch an unseren Genossen Hrant Dink gedenken und seinen Traum der Geschwisterlichkeit der Völker hervorheben.

Noch heute wollen viele nicht wahr haben, dass der Völkermord an den Armeniern auch mit deutschen Waffen durch-

geführt worden ist. Armenische Zwangsarbeiter wurden mit der Bagdad-Bahn in die mesopotamische Wüste in den Tod deportiert. Deutsche Diplomaten breiteten damals einen Mantel des Schweigens über den vor ihren Augen begangenen Völkermord an einem christlichen Volk aus. Das strategische Kriegsbündnis zwischen dem Deutschen und dem osmanischen Reich war ihnen wichtiger.

Deutschland trägt Mitverantwortung an diesem Völkermord. Noch bis heute wird dieser Völkermord sowohl seitens der türkischen Regierung als auch von vielen Ländern, die damals geschwiegen haben, geleugnet. Deshalb ist es enorm wichtig, dass unser Kampf um Aufarbeitung dieser dunklen Geschichte weitergeht! So, wie kein Opfer jemals vergessen wird, werden auch die Täter nicht in Vergessenheit geraten.



Ratsfrau Hamide Akbayir hielt ein Grußwort zum Massaker an Griechen aus Pontos anlässlich des 100. Jahrestages des Völkermords an den Pontos-Griechen.